



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss
Gebäudewirtschaft**

Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 22443

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 16.01.2019

Niederschrift

über die **30. Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 12.03.2018, 15:29 Uhr bis 17:06 Uhr (öffentlicher Teil) und 17:07 bis 17:18 Uhr (nichtöffentlicher Teil), Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Jürgen Kircher	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Franz Philippi	SPD	in Vertretung für RM Halberstadt-Kausch
---------------------	-----	---

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp	AfD
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Nikolai Dahlmanns	auf Vorschlag der SPD
Herr Rudolf Reiferscheid	SPD
Herr Lutz Tempel	SPD
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Joachim Kuschewski	auf Vorschlag der CDU
Herr Andreas Michalak	FDP

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome	in Vertretung für das Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Frau Angelika Döpfer	Amt für Schulentwicklung
Herr Markus Gerhards	Gebäudewirtschaft
Herr Michael Gräbener	Amt für Schulentwicklung
Herr Hans-Jürgen Hilp	Gebäudewirtschaft
Frau Susanne John	Gebäudewirtschaft
Herr Michael Nawroth	Gebäudewirtschaft
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Frau Astrid Schüßler	Gebäudewirtschaft

Schriftführerin

Frau Simone Weber	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
-------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
------------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Werner Eggert	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Frau Lisa Schopp	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorsitzender Dr. Schoser eröffnet die 30. Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft und macht auf folgende Ergänzungen zur Tagesordnung aufmerksam.

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1.1 Antwort zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.01.2018 betr. „Sachstand zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft“ AN/0137/2018 0403/2018
- *zugesetzt* -
- TISCHVORLAGE -

5.3 Bestellung der Kaufmännischen Betriebsleitung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 0592/2018
- *zugesetzt* –
*Hinweis: hierzu liegt eine **Neufassung** mit der namentlichen Ergänzung vor.*

- 6.4 Nachfrage von Herrn Brust zu Überhitzungs- und Trittschallproblemen beim Schulbehelfscontainer Statthalterhofallee - zu 2850/2017
0562/2018
- *zugesezt* -
- 7.4 Sachstandsbericht Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv -
Stand: 19.02.2018
0175/2018
- *zugesezt* -
- 7.5 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion aus dem Ausschuss für Umwelt und Grün betreffend "Betrieb städtischer Gebäude im Passivhaus-Standard" (AN/1490/2017)
0537/2018
- *zugesezt* -
- 7.6 Sachstandsbericht Schaugewächshaus und Orangerie im Botanischen Garten Köln, Amsterdamer Str. 34 - Stand 02.03.2018
0715/2018
- *zugesezt* -
- 7.7 Ersatzneubau des Bezirksrathauses in Rodenkirchen: Ergebnis des Generalplaner-Wettbewerbs
0728/2018
- *zugesezt* -
- TISCHVORLAGE -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12.2 Erweiterung der Mietfläche Bezirksrathaus Ehrenfeld, Venloer Str. 419-421
Hier: Nachtrag Nr. 6 zum Mietvertrag vom 01.02.2015
0642/2018
- *zugesezt* -
- 13.3 Kauf eines Grundstücks in Köln-Sürth an der Kölnstraße, angrenzend an die Brüder-Grimm-Schule Sürther Hauptstr. 149 für Interimsbauten
3029/2017/1
- *zugesezt* -
- TISCHVORLAGE -

Weiterhin gibt der Vorsitzende die nachstehenden Informationen:

Es sind folgende Vertreterinnen und Vertreter angekündigt:

Zu den Vorlagen, die Schulbaumaßnahmen betreffen:

Frau Döpfer und Herr Gräbener vom Amt für Schulentwicklung

Zu TOP 5.2:

der Wirtschaftsprüfer Herr Rudert von Rödel & Partner. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird dieser Tagesordnungspunkt vorgezogen beraten. Der Ausschuss erteilt Herrn Rudert Rederecht.

Zu TOP 7.1:

Der Verfasser der Mitteilung vom Amt für Personal, Organisation und Innovation ist aktuell erkrankt; eventuelle Nachfragen werden daher schriftlich beantwortet.

RM Oedingen bittet darum, die als Tischvorlage eingebrachte Beantwortung unter TOP 1.1 bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Ebenfalls bittet sie um Rückstellung der Vorlage unter TOP 5.3, da die dort nun namentliche genannte Person in ihrer Fraktion noch nicht vorgestellt worden sei.

Vorsitzender Dr. Schoser macht darauf aufmerksam, dass der als Kaufmännische Betriebsleiter vorgeschlagene Herr Behrisch heute als Gast zugegen ist.

Die stv. Beigeordnete Blome wirbt dafür, die Vorlage unter TOP 5.3 nicht zurückzustellen, sondern ohne Votum weiter zu geben. Sie erklärt, dass eine Prüfung durch die Rechtsabteilung des Büros der Oberbürgermeisterin am Rande der Sitzung ergeben habe, dass dies aus rechtlicher Sicht unbedenklich ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und beschließt die nachstehende Tagesordnung.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.01.2018 betr. "Sachstand zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft"
AN/0137/2018
- zurückgestellter TOP 1.1 aus der Sitzung vom 29.01.2018; bitte halten Sie die Unterlage bereit -

Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.01.2018: Sachstand zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft AN/0137/2018
0403/2018
- zugesetzt -
- TISCHVORLAGE -

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 02.02.2018 betr. "Wickeltische auf Toiletten in städtischen Gebäuden in Köln – auch für Väter"
AN/0177/2018
- 2.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD Fraktion vom 02.02.18 betr. "Wickeltische auf Toiletten in städtischen Gebäuden in Köln – auch für Väter" (AN/0177/2018)
0435/2018

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)

- 4.1 Bestellung eines neuen stellvertretenden Schriftführers für den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
0127/2018
- 4.2 Änderung der Dienstanweisung zur Geschäftsverteilung innerhalb der Betriebsleitung (ehemals Werkleitung) der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
0564/2018

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)

- 5.1 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Michael-Ende-Schule, KGS Platenstr. 7-9, 50825 Köln-Ehrenfeld
2371/2017
- 5.2 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
0057/2018

- 5.3 Bestellung der Kaufmännischen Betriebsleitung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
0592/2018
- *zugesetzt* -
hierzu liegt eine Neufassung vor

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Nachfrage von RM Halberstadt-Kausch aus der Sitzung von 11.12.2017, TOP 5.2 - Container und Sanierungsplan Paul-Humburg-Straße
0310/2018

6.2 Nachfrage von Frau Halberstadt-Kausch zu den Energieleitlinien aus der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 6.11.2017, TOP 4.1 (1895/2017, AN/1507/2017, 3315/2017 und AN/1598/2017)
0473/2018

6.3 Nachfrage von Herrn Kara zu Stellenausschreibungen bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln - zu 0128/2018, TOP 7.5 aus der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 29.01.2018
0544/2018

6.4 Nachfrage von Herrn Brust zu Überhitzungs- und Trittschallproblemen beim Schulbehelfscontainer Statthalterhofallee - zu 2850/2017
0562/2018
- zugesezt -

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Zuständigkeit für die Kulturbauten - Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion (AN/1802/2017) aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 05.12.2017
0576/2018

7.2 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3
0631/2018

7.3 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020" für das Jahr 2017
0423/2018
- die Vorlage wurde mit Schreiben vom 23.02.2018 an alle Ausschussmitglieder versandt; bitte halten sie die Unterlage bereit -

7.4 Sachstandsbericht Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv - Stand: 19.02.2018
0175/2018
- zugesezt -

7.5 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion aus dem Ausschuss für Umwelt und Grün betreffend "Betrieb städtischer Gebäude im Passivhaus-Standard" (AN/1490/2017)
0537/2018
- zugesezt -

7.6 Sachstandsbericht Schaugewächshaus und Orangerie im Botanischen Garten Köln, Amsterdamer Str. 34 - Stand 02.03.2018
0715/2018
- zugesezt -

- 7.7 Ersatzneubau des Bezirksrathauses in Rodenkirchen: Ergebnis des Generalplaner-Wettbewerbs
0728/2018
- *zugesetzt* -
- **TISCHVORLAGE** -

8 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)

- 12.1 Verlängerung der Anmietung Köln, Heumarkt 64-66 zur Nutzung durch die Archäologische Zone
0574/2018

- 12.2 Erweiterung der Mietfläche Bezirksrathaus Ehrenfeld, Venloer Str. 419-421
Hier: Nachtrag Nr. 6 zum Mietvertrag vom 01.02.2015
0642/2018
- *zugesetzt* -

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)

- 13.1 Ankauf eines Grundstücks in Köln-Poll zur Erweiterung der Förderschule 'Auf dem Sandberg'
3805/2017

- 13.2 Rückübertragung des Grundstücks Josef-Linden-Weg in Köln-Porz-Gremberghoven, Gemarkung Heumar, Flur 9, Flurstück 179, Größe 8.088 m², aus dem Sondervermögen der Gebäudewirtschaft in das Allgemeine Liegenschaftsvermögen
0063/2018

- 13.3 Kauf eines Grundstücks in Köln-Sürth an der Kölnstraße, angrenzend an die Brüder-Grimm-Schule Sürther Hauptstr. 149 für Interimsbauten
3029/2017/1
- *zugesetzt* -
- **TISCHVORLAGE** -

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

15.1 Sachstand zur Sanierung der Rheinischen Musikschule im Wege der Wohnungsbauoffensive
0387/2018

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

**1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.01.2018 betr. "Sachstand zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft"
AN/0137/2018**

**Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.01.2018: Sachstand zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft AN/0137/2018
0403/2018**

Die SPD-Fraktion bittet aufgrund der als Tischvorlage eingebrachten Antwort, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

Die Anfrage und deren Beantwortung werden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

**2.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 02.02.2018 betr. "Wickeltische auf Toiletten in städtischen Gebäuden in Köln – auch für Väter"
AN/0177/2018**

**2.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD Fraktion vom 02.02.18 betr. "Wickeltische auf Toiletten in städtischen Gebäuden in Köln – auch für Väter" (AN/0177/2018)
0435/2018**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die folgenden Maßnahmen zur Ausstattung von Toiletten in öffentlichen Gebäuden mit Wickeltischen umzusetzen:

1. Toiletten in städtischen, öffentlich zugänglichen Gebäuden der Stadt Köln sind mit sicheren, sauberen und angemessenen Tischen zum Windelwechseln für Säuglinge und Kleinkinder auszustatten.
2. Dies gilt ausdrücklich für mindestens jeweils eine öffentlich zugängliche Frauen- und eine Männertoilette eines öffentlichen Gebäudes. Ist ein Einbau von Wickeltischen hier baulich nicht möglich, ist ein für alle Eltern zugänglicher Wickelraum einzurichten. Dies können auch, soweit vorhanden, geschlechtsneutrale Behindertentoiletten, sein. Generell ist darauf zu achten, dass Wickeltische zu beschaffen sind und installiert werden, die auch von Eltern mit Behinderung problemlos genutzt werden können.
3. An allen weiteren öffentlichen Toiletten des entsprechenden Gebäudes ist eine Beschilderung anzubringen, um die nächstgelegene Toilette mit Wickeltisch oder den Wickelraum im Bedarfsfall schnell auffinden zu können.
4. Beim Neubau städtischer, öffentlich zugänglicher Gebäude sind die Vorgaben zur Anbringung von Wickeltischen in mindestens jeweils einer öffentlich zugängliche Frauen- und Männertoilette bereits bei der Planung zu berücksichtigen und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)

4.1 Bestellung eines neuen stellvertretenden Schriftführers für den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft 0127/2018

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft bestellt – in Abänderung seines Beschlusses vom 22.09.2014 - für die restliche Dauer der Wahlperiode des Rates 2014 bis 2020 Herrn Uwe Freitag (anstelle von Frau Marianne Michels) zum stellvertretenden Schriftführer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Änderung der Dienstanweisung zur Geschäftsverteilung innerhalb der Betriebsleitung (ehemals Werkleitung) der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 0564/2018

Die stv. Beigeordnete Frau Blome und Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, erläutern auf Nachfrage die Vorlage und die damit einhergehenden Vereinfachungen.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ist mit der Anpassung der Wertgrenze bezogen auf die alleinige Vertretungsbefugnis einzelner Mitglieder der Betriebsleitung von bisher 150.000 DM auf künftig 500.000 Euro einverstanden und stimmt einer entsprechenden Änderung von Ziffer 5 der Dienstanweisung zur Geschäftsverteilung innerhalb der Betriebsleitung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)

5.1 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Michael-Ende-Schule, KGS Platenstr. 7-9, 50825 Köln-Ehrenfeld 2371/2017

RM Oedingen lobt, dass – nach langem Einsatz der Eltern, Lehrer und Schüler – jetzt auch noch eine Gymnastikhalle dazukomme.

Eine Nachfrage von RM Brust hinsichtlich der Möglichkeit einer besseren Auslastung des Grundstückes durch eine Erhöhung der Geschoszahl wird von Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, verneint.

SB Klemm merkt an, dass bei diesem zweigeschossigen Gebäude im Erdgeschoss PKW-Stellplätze untergebracht werden sollen. Er fragt nach der Größenordnung und danach, wo die PKW-Stellplätze bislang vorgesehen waren.

Die Frage von SB Klemm beantwortet die Verwaltung zu Protokoll und legt die Antwort ebenfalls zu den Sitzungen der Bezirksvertretung Ehrenfeld und des Rates vor.

RM Henk-Hollstein erkundigt sich nach dem Zeitplan und nach der Personalisierung der Maßnahme.

Herr Gerhards, Vertreter der Gebäudewirtschaft, informiert, dass die Leistungsphasen 1 bis 3 in einem kleinen Planungsteam, in welchem auch Praktikanten und Auszubildende eingesetzt werden, bearbeitet werden. Für die spätere Umsetzung des Projektes hingegen müsse noch Personal eingestellt werden. Insofern könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Zeitplan vorlegen, werde dies jedoch nachholen, sobald er nähere Erkenntnisse habe.

RM Kockerbeck greift die Ausführungen von Herrn Gerhards auf und bittet um Auskunft, ob auch die Schule hierüber informiert sei.

Herr Gerhards teilt mit, dass kein konkreter Zeithorizont genannt worden sei. Es sei jedoch deutlich gemacht worden, dass der Zeitrahmen von 5 Jahren, welcher bei dem GU-/TU-Paket zugrunde gelegt ist, eingehalten bzw. unterschritten werde.

SE Kuschewski macht darauf aufmerksam, dass bei der großen Innenfläche des Grundstücks eine Baugrunduntersuchung vorgenommen werden sollte.

Stellungnahme der Gebäudewirtschaft zur Nachfrage von SB Klemm in Bezug auf die Stellplätze

Im Zuge einer Errichtung bzw. Beantragung einer baulichen Anlage sind gem. §51 BauO NRW auf dem Grundstück Stellplätze für PKW und Fahrräder herzustellen. Die Festlegung der Mindest-Anzahl an Stellplätzen erfolgt nach Anlage 51.11 der VV BauO NRW. Ist eine gute Erreichbarkeit des Grundstückes durch den öffentlichen Nahverkehr oder eine öffentliche Stellplatzanlagen gewährleistet, kann die notwendige Anzahl von Stellplätzen um bis zu 30% gemindert werden.

Die beabsichtigte Baumaßnahme befindet sich in einem frühen Planungsstadium (Leistungsphase 0/Projektvorbereitung). Nach einer Voruntersuchung zur Gymnastikhalle und Ergänzung bestehender Raumbedarfe von Juni 2015 - aktualisiert August 2017 - sind 5 Stellplätze unter einer aufgeständerten Gymnastikhalle vorgesehen, so dass keine Schulhofflächen für die Stellplätze in Anspruch genommen werden. Nach Abschluss der Leistungsphase 0 ist zunächst ein Planungsbeschluss für die Leistungsphasen 1-3 herbeizuführen. Ob die Erkenntnisse aus der Voruntersuchung in die Entwurfsplanung übernommen werden oder andere Lösungen präferiert werden kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

Ein Verzicht auf Stellplätze kann ausschließlich durch die zuständige Bauaufsichtsbehörde (-Amt 63-) im Zuge einer Bauvoranfrage bzw. eines Baugenehmigungsverfahrens ausgesprochen werden. Jeder entfallene Stellplatz hat jedoch eine Stellplatzablösezahlung zur Folge.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung einer Erweiterungsbaus für die Michael-Ende-Schule, KGS Platenstraße, auf dem Schulgelände Platenstr. 7-9, 50825 Köln nach gesicherter Finanzierung.

Der Erweiterungsbaus umfasst eine Gymnastikhalle, einen Musikraum und eine Toilettenanlage.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Anlage aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenannahme auf rund 200.000 EUR. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
0057/2018**

Beschluss:

Der Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO)
i. V. m. § 4 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12. 2016 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln fest und beschließt, den Jahresüberschuss von EUR 467.753,13 an den Haushalt der Stadt Köln abzuführen.
2. Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Bestellung der Kaufmännischen Betriebsleitung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
0592/2018**

Eine Neufassung der Beschlussvorlage mit der namentlichen Ergänzung liegt als Tischvorlage vor.

Beigeordnete Blome begründet die Vorlage mündlich und informiert, dass die zur Beschlussfassung bzw. zur Besetzung der Stelle der Kaufmännischen Betriebsleitung vorgeschlagene Person, Herr Wolfgang Behrisch, zugegen sei.

RM Oedingen bittet darum, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, da die vorgeschlagene Person in ihrer Fraktion noch nicht bekannt sei.

Hinweis: die Verweisung der Beschlussvorlage in den Rat ohne eigenes Votum des Betriebsausschusses wurde vor Eintritt in die Tagesordnung aus kommunalverfassungsrechtlicher Sicht geprüft und als zulässig betrachtet.

Frau Blome schlägt Frau Oedingen vor, einen bilateralen Termin vor der Ratssitzung zu finden.

RM Henk-Hollstein, RM Brust und SB Kirchmeyer erklären namens ihrer Fraktionen bereits jetzt die Zustimmung zur Vorlage.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verweist die Vorlage einstimmig ohne Votum in den Rat.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Nachfrage von RM Halberstadt-Kausch aus der Sitzung von 11.12.2017, TOP 5.2 - Container und Sanierungsplan Paul-Humburg-Straße 0310/2018

Die Antwort der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Nachfrage von Frau Halberstadt-Kausch zu den Energieleitlinien aus der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 6.11.2017, TOP 4.1 (1895/2017, AN/1507/2017, 3315/2017 und AN/1598/2017) 0473/2018

Die Antwort der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

RM Oedingen merkt an, dass ihre Fraktion gemäß bisheriger Kommunikation durch die Gebäudewirtschaft bislang davon ausgegangen sei, dass durch das 2019 in Kraft tretende Gebäudeenergiegesetz ein Energiestandard oberhalb des Passivhausstandards erzielt werde. Die vorliegende Antwort der Verwaltung zeige jedoch, dass dies wohl nicht zutrefte. Die – seinerzeit von der SPD-Fraktion nicht mitgetragene - grundsätzliche Entscheidung des Rates, städtische Gebäude künftig im Passivhausstandard zu bauen, sei ebenfalls vor dem Hintergrund dieser Auffassung getroffen worden. Sie würde das Thema gerne zurückstellen, um es mit den Kollegen aus dem Umweltausschuss zu diskutieren.

RM Brust entgegnet, dass die SPD-Fraktion die Leitlinien einschließlich Passivhausstandard seinerzeit zunächst mit verabschiedet habe. Zu den Planungen für 2019 auf EU-Ebene führt er weiter aus, dass damit in Fachkreisen von einem „ungefähren Passivhausstandard“ ausgegangen werde. Der Entwurf für das neue GEG weiche nun davon ein wenig ab, jedoch sei der Entwurf auch noch nicht im Bundestag beschlossen.

RM Kockerbeck fragt nach einer Amortisierung der höheren Baukosten durch die langfristigen Heizkosteneinsparungen und schlägt vor, dies anhand eines Schulbausmodellhaft zu berechnen. Zudem merkt Herr Kockerbeck an, dass nach Auffassung seiner Fraktion ein Niedrigstenergiegebäude nach dem jetzigen Entwurf zwingend eine mechanische Belüftungsanlage enthalten müsse.

(Anmerkung: hierauf wird weiter unter TOP 7.5 eingegangen)

Herr Nawroth, Vertreter der Gebäudewirtschaft, bestätigt die Ausführungen von Herrn Brust zu den Entwicklungen hinsichtlich des (im Kabinett angehaltenen) Gesetzesentwurfs. Dieser Entwurf sei vielfach kritisiert worden, eine Überarbeitung des Entwurfs bleibe abzuwarten. Die EU-Richtlinie erwarte eine Klarheit bis Ende 2018, da der Niedrigstenergiestandard für öffentliche Gebäude ab 2019 umzusetzen sei.

6.3 Nachfrage von Herrn Kara zu Stellenausschreibungen bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln - zu 0128/2018, TOP 7.5 aus der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 29.01.2018 0544/2018

Die Antwort der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau John, Vertreterin der Gebäudewirtschaft, Beantwortet mündlich eine Nachfrage von SE Kara zur vorliegenden Mitteilung. Herr Kara verdeutlicht, dass nach seiner Einschätzung die Ursache der Problematik, Architekten für die Gebäudewirtschaft zu gewinnen, in einem zu niedrigen Einstiegsgehalt zu sehen sei; dieses Thema sollte nochmal betrachtet werden.

6.4 Nachfrage von Herrn Brust zu Überheizungs- und Trittschallproblemen beim Schulbehelfscontainer Statthalterhofallee - zu 2850/2017 0562/2018

Die Antwort der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von RM Brust informiert Herr Gräbener, Vertreter des Amtes für Schulentwicklung, dass kein Gutachter bestellt worden sei.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Zuständigkeit für die Kulturbauten - Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion (AN/1802/2017) aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 05.12.2017 0576/2018

Die Mitteilung der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

RM Philippi betont namens seiner Fraktion, dass bei dem Zusammenlegungsprozess von Personal bei der Gebäudewirtschaft niemand vom Bereich Schulbau abgezogen werden sollte.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, klärt auf, dass Personal – einschl. dort vakanter Stellen - aus dem Bereich Kulturbau bei Dezernat VII (Kunst und Kultur) bei der Gebäudewirtschaft übernommen werde. Es sei nicht geplant, Personal aus dem Schulbau in den Kulturbereich zu ziehen.

Auf Nachfrage von RM Brust teilt Frau Rinnenburger mit, dass die zwei Stellen bei der Kulturverwaltung, die mit dem Energiemanagement betraut sind, auch in dem Portfolio enthalten seien. Ein künftiger gemeinsamer Energiebericht sei durchaus sinnvoll, erklärt Frau Rinnenburger, jedoch weist sie auch darauf hin, dass die Daten im Bereich der Kulturverwaltung erst für ein Gebäude erfasst seien.

7.2 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0631/2018

Die Mitteilung der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

RM Henk-Hollstein greift ihre Frage nach einer möglichen (passiven) Teilnahme politischer Vertreter an den Sitzungen des Aktionsbündnisses aus der letzten Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft auf. Leider habe sie bis heute keine Antwort hierzu erhalten und es werde aus ihrer Sicht das Gefühl vermittelt, der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft sei der „Unterausschuss Schule“. Sie stellt an diesem Punkt klar, dass weder der Betriebsausschuss noch die Gebäudewirtschaft Handlanger der Schulpartie sei.

Vor diesem Hintergrund stellt sie zur Diskussion, wie das Aktionsbündnis Schulbau künftig aufgestellt werden kann, so dass ein vernünftiges Miteinander und Ergebnisse erzielt werden, mit denen alle ergebnisorientiert leben bzw. arbeiten können. An dieser Stelle äußert sie erneut die Bitte, an dem Aktionsbündnis (passiv) teilnehmen zu dürfen.

SE Kuschewski nimmt Bezug auf die Ausführungen in der Mitteilung zu der Schule an der Escher Straße (Dreikönigsgymnasium) und regt an, sofern die Planungen wie beschrieben umgesetzt werden, auch über eine Bewirtung der Schüler durch die nahegelegene Rheinenergie nachzudenken.

RM Philippi zeigt sich angesichts der von Frau Henk-Hollstein vorgebrachten Kritik verwundert. Im Schulausschuss sei diese wichtige regelmäßige Berichterstattung fraktionsübergreifend gewünscht worden.

SB Klemm erkundigt sich in Bezug auf die Maßnahme Wasseramselweg nach dem Stand der Gespräche zur verkehrlichen Erschließung. Zudem zitiert er aus der Mitteilung zum Schulneubau Heliosgelände: „Der Bauvorbescheid liegt bislang noch nicht vor, da noch Abstimmungsbedarf zwischen 26, 63 und 37 besteht“ und bittet um nähere Erläuterung.

Hinweis: eine Beantwortung zu diesen Fragen erfolgt im nichtöffentlichen Sitzungsteil.

Eingehend auf die Anmerkung von RM Philippi verdeutlicht RM Henk-Hollstein erneut ihre Auffassung, dass Schulpartie und der Betriebsausschuss nicht miteinander harmonieren. Dieser Dissens spiegele sich auf der Ebene -40- Amt für Schulentwicklung und -26- Gebäudewirtschaft, da dort i. E. keine vernünftigen, zielführenden Abstimmungen erfolgten. Der vorliegende Bericht stelle einen reinen Statusbericht dar und lasse nicht erkennen, dass in dem Gremium „Aktionsbündnis“ auf Augenhöhe miteinander die Themen bearbeitet und zum Ziel geführt werden. Als prägnantes Beispiel führt Frau Henk-Hollstein die nach wie vor fehlende Priorisierung der Maßnahmen durch die Schulpartie an.

Herr Gräbener, Vertreter des Amtes für Schulentwicklung, stellt klar, dass es sich bei dem „Aktionsbündnis Schulbau“ um eine verwaltungsinterne Runde handele, bei der alle Ämter, die mit Infrastruktur zu tun haben, vertreten sind. Es gehe darum, festzustellen, bei welcher Baumaßnahme welche Dinge zu regeln bzw. abzustimmen sind. Ziel sei die Beschleunigung. Dabei sei ein nahezu täglicher Austausch zwischen 40 und 26 selbstverständlich. Die von RM Henk-Hollstein skizzierten Abstimmungsprobleme gebe es dabei in der Form nicht. Klar sei, dass 40 den Bedarf feststellen und die Gebäudewirtschaft beauftragen müsse. Vor diesem Hintergrund sei eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Ämter unabdingbar.

SE Kuschewski beschreibt seine eigenen Erfahrungen als Architekt mit den städtischen Ämtern und dem fehlenden Personal. Es brenne an vielen Stellen, so auch im Wohnungsbau, Kulturbau und eben im Bereich Schulbau. Deshalb regt er an, dass sich die Schulen ein ganz eigenes schnelles Bearbeitungssystem aufbauen und sich dann mit Planungsrecht etc. beschäftigen sollten.

Herr Gräbener bestätigt das Personalproblem. Dennoch würde der Aufbau einer komplett neuen Struktur bereits funktionierende Systeme auseinander nehmen, um ein neues zu schaffen; bis dieses funktioniert, würden nach seiner Erfahrung zwei bis drei Jahre vergehen, in denen dann so gut wie gar nichts mehr passiert.

Beigeordnete Blome verdeutlicht die Notwendigkeit, zu effizienten Strukturen zu kommen. Dies stellt sie am Beispiel der Baugenehmigungen dar, wo kein sternförmiges Beteiligungsverfahren gegeben sei und wo die Chancen der Digitalisierung stärker zu nutzen seien. Aus der anstehenden Neuaufstellung seien Beschleunigungen zu erwarten.

Wichtig sei jedoch auch, eine Priorisierung vorzunehmen. Hierzu müssten sich sowohl die politischen Vertreter als auch die Ämter und Dezernate nochmals zusammensetzen. Sie habe sich hier als Vertretungsdezernentin geäußert, ab dem 01.06. werde sich der neue Beigeordnete Herr Greitemann mit den Themen befassen.

RM Henk-Hollstein möchte in Erfahrung bringen, ob im Rahmen des Aktionsbündnisses auch tatsächlich die notwendigen Entscheidungen getroffen und Probleme abgeräumt werden oder ob bestehende Probleme lediglich angesprochen und mitgenommen werden. Vor diesem Hintergrund würde sie gerne als Zuhörerin an dem Aktionsbündnis teilnehmen.

SE Tempel ergreift das Wort – auch als stellvertretender Vorsitzender der Stadtschulpflegschaft – und verdeutlicht, dass eine Priorisierung bei der Stadt Köln nicht vorliege. Schulbau, Kulturbau etc. laufen nebenher bzw. gleichzeitig, zahlreiche Ämter seien beteiligt, aber es sei nicht klar, wer entscheidungsbefugt ist bei Fragen wie z. B. welches Grundstück gekauft wird, wann und mit welchem Gebäude bebaut werde etc.. Hierüber müsste seines Erachtens der Stadtvorstand bzw. die Oberbürgermeisterin entscheiden.

7.3 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020" für das Jahr 2017 0423/2018

Die Mitteilung der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

RM Philippi lobt die zuständige Fachverwaltung ausdrücklich.

RM Henk-Hollstein nimmt Bezug auf ihre mündliche Anfrage aus der letzten Sitzung vom 29.01.2018, TOP 8.1, und stellt fest, dass die Anfrage hinsichtlich der finanziellen Abwicklung durch diese Mitteilung nicht beantwortet sei. Sie fragt nach, ob die Antwort noch nachgereicht werde.

Herr Gräbener, Vertreter des Amtes für Schulentwicklung, erklärt, dies zu prüfen bzw. nachzuliefern, wenn noch etwas offen ist.

**7.4 Sachstandsbericht Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv - Stand: 19.02.2018
0175/2018**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

SB Kirchmeyer fragt nach den Gründen für die angeführte Verzögerung beim Rohbau und bittet um nähere Auskunft zum dem Diebstahl auf der Baustelle.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, beschreibt kurz den aktuellen Sachstand und informiert, dass maßgeblich Material des Rohbauers gestohlen worden sei. Die Verzögerungen in der Abwicklung der Baumaßnahme resultierten zum einen aus den seinerzeitigen Suchsondierungen (Bombenverdacht in der Baugrube) und zum anderen aus dem nicht vorhandenen Fachpersonal des Rohbauers (trotz entsprechender Inverzugsetzung etc.).

**7.5 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion aus dem Ausschuss für Umwelt und Grün betreffend "Betrieb städtischer Gebäude im Passivhaus-Standard" (AN/1490/2017)
0537/2018**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

RM Oedingen erachtet die Antwort als nicht besonders erhellend; es werde nicht ersichtlich, inwieweit sich die höheren Investitionen beim Bau im Passivhausstandard rechnen. Die Verwaltung möge bitte einmal die Lebenszykluskosten und nicht nur die reinen Baukosten betrachten.

Herr Nawroth, Vertreter der Gebäudewirtschaft, geht zunächst auf die Historie zum Passivhausbeschluss (erster Beschluss 2010 in den Energieleitlinien) und danach auf die in den Jahren 2012 bis 2016 für alle Neubau-Planungsvorhaben durchgeführten Wirtschaftlichkeitsberechnungen für verschiedene Energiestandards (EnEV/ Kölner Standard/ Passivhausbauweise) ein. In diesen Wirtschaftlichkeitsvergleichen seien genau diese Aspekte wie Lebenszykluskosten (Zeitraum von 30 Jahren) betrachtet worden. Dabei hätten die Vergleiche ergeben, dass in der Regel die Errichtung von Gebäuden nach EnEV die wirtschaftlichste Lösung darstellten, was zum größten Teil daran gelegen habe, dass ein Gebäude nach EnEV normalerweise ohne kostenintensive Lüftungsanlage (im Gegensatz zur Passivhaus-Variante) auskommt. Unter Verweis auf die gemeinsame Sondersitzung des Schulausschusses und des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 15.07.2013 berichtet Herr Nawroth, dass die ursprünglichen Passivhaus-Planungen dort zum großen Teil auf EnEV abgeändert worden seien. Seit 2016 liege die erneute Passivhaus-Beschlusslage vor, wonach die Verwaltung handelt, d. h. ohne eine jeweilige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Die Frage einer Notwendigkeit von Lüftungsanlagen (auch in EnEV-Gebäuden) sei seinerzeit durch das Gesundheitsamt geprüft worden, mit dem Ergebnis, dass die erforderliche Luftqualität mit einer entsprechenden Stoßlüftung über Fensterlüftung (also ohne Lüftungsanlage) hergestellt werden könne. Daher sei in der Praxis nur dann bei EnEV-Gebäuden eine Lüftungsanlage vorgesehen worden, wenn Lärmemissionsvorgaben einer erforderlichen Fensterlüftung entgegenstanden haben.

RM Kockerbeck bittet um Einschätzung, ob eine mechanische Lüftungsanlage bei dem gegenwärtigen Gesetzesentwurf zum Gebäudeenergiegesetz notwendig wäre. Hierzu teilt Herr Nawroth mit, dass dies nach seiner Einschätzung nicht Bestandteil des vorliegenden Gesetzesentwurfes sei.

SE Tempel greift die Sondersitzung aus 2013 und die dort getroffenen Beschlüsse zu Schulbaumaßnahmen auf und erklärt, eine Evaluation hierzu zu vermissen. Es stelle sich mit Blick auf die Ergebnisse aus dieser Mitteilung die Frage, ob der seinerzeit bei der Kostenbetrachtung zugrunde gelegte Zeitraum von 30 Jahren richtig war, oder ob dieser angepasst werden müsste. Insofern äußert er die Bitte, das mal in Gänze aufzuarbeiten. Zum Thema Lüftungsanlagen macht Herr Tempel auf die intensive Wartungsnotwendigkeit aufmerksam und spricht sich vor diesem Hintergrund für eine funktionierende Fensterlüftung aus.

RM Brust hält dem entgegen, dass eine ausreichende Fensterlüftung in der Schule in der Praxis in der Regel nicht funktioniere. RM Brust warnt davor, immer wieder „die alten Fässer aufzumachen“ und die Gebäudewirtschaft unnötig zu beschäftigen. Es gebe nun den mehrheitlichen Ratsbeschluss, der Passivhausbauweise vorsieht, der so zu akzeptieren sei.

RM Brust bittet die Verwaltung um Auskunft, was aus dem Beschluss geworden ist, wonach die Anlagen richtig einzuregulieren seien.

Auch RM Kockerbeck erachtet die Stoßlüftung an Schulen als praxisfernen Standpunkt.

Herr Nawroth greift die jetzt noch gültige EnEV 2016 mit ihren verschärften Vorgaben auf, aufgrund derer ohnehin schon größtenteils Lüftungsanlagen benötigt würden.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, geht auf die Nachfrage von RM Brust zur Umsetzung des Beschlusses ein und erklärt, dass das Inbetriebnahme Management (d. h. das Einsteuern der Häuser) bei den neuen Projekten mit ausgeschrieben werde. Das Thema Lüftungsanlagen werde im Technischen Gebäudemanagement im Auge behalten. Mithilfe eines Kooperationsvertrages mit der TH Deutz habe zwischenzeitlich sichergestellt werden können, dass alle miteinander zu verbindenden Gebäudeleittechniken auch miteinander kommunizieren können.

Herr Nawroth ergänzt, dass seine Abteilung (Energiemanagement) nach der Entwurfsplanung die Leistungsverzeichnisse für die energierelevanten Gewerke vor Ausschreibung noch einmal überprüft. Diese Vorgehensweise werde bereits seit zwei Jahren praktiziert. Hierin sehe er einen wichtigen Schritt in der Qualitätssicherung.

7.6 Sachstandsbericht Schaugewächshaus und Orangerie im Botanischen Garten Köln, Amsterdamer Str. 34 - Stand 02.03.2018 0715/2018

Die Mitteilung der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.7 Ersatzneubau des Bezirksrathauses in Rodenkirchen: Ergebnis des Generalplaner-Wettbewerbs 0728/2018

8 Mündliche Anfragen

8.1 Mündliche Anfrage von SB Kirchmeyer betr. "Generalsanierung Zentralbibliothek"

Auf Nachfrage von SB Kirchmeyer informiert Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, dass sich die Vorlage zur Generalsanierung der Zentralbibliothek noch in der verwaltungsinternen Abstimmung befindet.

8.2 Mündliche Anfrage von RM Henk-Hollstein betr. "Erich-Kästner-Gymnasium/Castroper Straße"

RM Henk-Hollstein bezieht sich auf eine ihr vorliegende Information, wonach die Planung für den Erweiterungsbau am Erich-Kästner-Gymnasium / Gymnasium Castroper Straße zwar fertig, der Schule jedoch im Januar des letzten Jahres mitgeteilt worden sei, dass die Planung nicht weiter verfolgt werde, weil das Amt für Schulentwicklung die Planung und die weitere Durchführung zurück gestellt habe. Somit sei anscheinend die Planung nicht weiter personalisiert und es gehe nicht voran. Sie bittet hierzu um nähere Auskünfte, warum entschieden wurde, die scheinbar fertige Planung nicht weiter zu verfolgen und inwieweit eine Kommunikation mit der Schule erfolgt sei. Sie bittet auch mitzuteilen, wie das weitere Vorgehen vorgesehen ist.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, teilt mit, dass ihres Wissens eine Machbarkeitsstudie für das Erich-Kästner-Gymnasium vorliege. Weitere Informationen müssten schriftlich erfolgen.

(Anmerkung: Die Verwaltung hat in der Sitzung am 18.06.2018, TOP 14.1 hierzu weitere Stellung genommen.)

8.3 Mündliche Anfrage von RM Henk-Hollstein betr. "Gemeinschaftsgrundschule Porz Mitte/Hauptstraße"

Unter Bezugnahme auf die Gemeinschaftsgrundschule Porz Mitte/ Hauptstraße greift RM Henk-Hollstein den Beschluss aus der Bezirksvertretung Porz auf, wonach geprüft werden soll, ob die Schule in die Glashüttenstraße verlagert werden kann. Sie habe gehört, dass es eine fertige Neubauplanung – jedoch am Standort Hauptstraße – geben soll. Sie bittet um Mitteilung des aktuellen Planungsstandes.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, führt aus, dass es mehrere Planungen für den Standort Hauptstraße gebe. Auf dem Grundstück befinde sich nicht nur die Grundschule, sondern auch das Berufskolleg, wodurch die Planungen ineinander gehören. Sie habe gehört, dass es eine aus der Planung „Moderne Stadt für Porz-Mitte“ resultierende Machbarkeitsstudie zum Standort Glashüttenstraße geben soll. Die Gebäudewirtschaft plane jedoch am Standort Hauptstraße.

SE Tempel sieht die CDU-Fraktion in Porz aufgrund ihres Vorstoßes hinsichtlich der Alternativstandortprüfung Glashüttenstraße in der Verantwortung für die Verzögerung des Neubaus am Standort Hauptstraße.

Frau Rinnenburger macht darauf aufmerksam, dass auch die Fläche des Berufskollegs für den Neubau benötigt werde, welches hierfür in den Campus Deutz umziehen müsse.

RM Henk-Hollstein erklärt, dass der Standort Glashüttenstraße nach vorliegenden Informationen für eine Ansiedelung der Grundschule geeignet sei.

Herr Gräbener, Vertreter des Amtes für Schulentwicklung, stellt klar, dass seinem Amt kein Auftrag aus der Bezirksvertretung Porz vorliege, eine Machbarkeitsstudie für die Glashüttenstraße zu erstellen. Das Stadtplanungsamt sei jedoch um Prüfung der Möglichkeiten auf dem Grundstück Glashüttenstraße gebeten worden; das Zwischenergebnis der Prüfung durch das Stadtplanungsamt liege seinem Amt seit wenigen Tagen zur Stellungnahme vor.

8.4 Mündliche Anfrage von RM Brust betr. "Generalsanierung Europaschule Zollstock"

RM Brust greift das „Solar&Sparprojekt“ an der Europaschule Köln auf. In diesem Zusammenhang habe seinerzeit ein privater Verein die Heizungsanlage saniert und ein Blockheizkraftwerk (BHKW) gebaut. Seines Wissens laufe dieser Vertrag in diesem bzw. nächsten Jahr aus. Er fragt an, was mit dem alten BHKW geschehen soll und regt in diesem Zusammenhang an, eine Überholung zu prüfen.

Herr Nawroth, Vertreter der Gebäudewirtschaft, informiert, dass der TGA-Planer eine notwendige umfassende Generalüberholung des BHKWs diagnostiziert habe. Die Kosten hierfür kämen annähernd an die Kosten für eine neue Anlage.

Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unterschiedlicher Wärmeerzeugungsvarianten habe zu dem Ergebnis geführt, dass die Variante BHKW bei einem zugrunde gelegten Zeitraum von vierzig Jahren kostenmäßig über der Variante Gasbrennwertkesselanlage bzw. unterhalb der Kosten für die Variante Fernwärmeversorgung liegt.

gez. Dr. Martin Schoser
(Ausschussvorsitzender)

gez. Simone Weber
(Schriftführerin)